Redaktion, Verlag und Druck, von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr. monatlich $12\frac{1}{2}$ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 48. Abendblatt. Mittwoch, den 29. Januar 1868.

Deutschland.

Berlin, 28. Januar. Se. Majestät der König nahmen heute gegen 11 Uhr den Vortrag des Polizei-Präsidenten von Berlin, v. Wurmb, und darnach im Beisein Sr. Königl. Hoheit des Prinzen August von Würtemberg, sowie des Gouverneurs und Kommandanten von Berlin die militärischen Meldungen entgegen. Nach denselben ließen Se. Majestät der König Allerhöchstsich von dem Generalmajor und General-Adjutanten v. Tresckow Vortrag halten und beehrten später bei der Spazierfahrt im Thiergarten das Atelier des Bildhauers Dr. und Professors Fr. Drake mit einem Besuch.

— Vor Kurzem hat eine Deputation der Katholiken aus Ermeland, Culm und Pelplin Sr. Maj. dem Könige eine Adresse überreicht. Allerhöchstdieselben haben darauf nach einer uns zugegangenen Mittheilung etwa folgende Antwort zu ertheilen geruht: „Ich kann Mich nur freuen, die Aeußerungen der Zufriedenheit zu vernehmen, welche aus der verlesenen Adresse über die von Mir in der letzten Thronrede ausgesprochenen Ansichten, bezüglich Meiner Stellung zum sichtbaren Oberhaupt Ihrer Kirche, hervorgehet. Sie wissen, daß es Grundsatz Meiner Königlichen Vorgänger war und der Meinige ist, die Parität beider Konfessionen sorgfältig zu achten. Ueber dies Bestreben hat das Oberhaupt Ihrer Kirche zu mehreren Malen Mir seine Anerkennung aussprechen lassen und somit war Ich umsomehr in der Lage, jene Ansichten vom Throne herab kundzugeben, und werde Ich auch ferner bemüht sein, durch die Politik Preußens bei sich darbietenden Veranlassungen das Interesse Meiner katholischen Unterthanen an der Würde und Unabhängigkeit des Papstes zu wahren. In diesem Sinne wollen Sie Sich gegen Ihre Kommittenten aussprechen.

— Heute Mittag trat das Staatsministerium unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten zu einer Sitzung zusammen.

— Der Minister-Präsident Graf Bismarck empfing gestern eine Deputation aus Kassel und noch anderen hessischen Landestheilen.

— Die Gesandten von Rußland und Oesterreich am hiesigen Hofe hatten gestern Vormittag Besprechungen mit dem Hrn. Ministerpräsidenten.

— Die Verwaltung des Landrathsamtes zu Sagan an Stelle des zum Kammerherrn J. K. Hoh. der Prinzessin Karl berufenen Landraths Grafen v. Bitzthum ist dem Regierungs-Assessor Freiherrn v. Zedlitz-Neukirch, bisher in Schleswig, übertragen worden.

— Wie man verschiedenen Zeitungen von hier schreibt, hätte der Kultusminister, veranlaßt durch die schlechte Aufnahme, welche der Schulgesetzentwurf gefunden, die Absicht, denselben zurück zu ziehen.

— Der Finanzminister hat die auf 2 Sgr. für den Centner abgabenfreies Salz festgesetzte Kontrolgebühr für das zu landwirthschaftlichen Zwecken, das heißt zur Fütterung des Viehes und zur Düngung bestimmte Salz, auf einen Silbergroschen bis auf Weiteres ermäßigt.

— Aus Newyork ist bekanntlich berichtet worden, daß auf dem von Hamburg dort angekommenen Auswanderungsschiff „Leibnitz", auf dem sich kein Arzt befand, während der Ueberfahrt die Cholera ausgebrochen sei und 105 Menschen hinweggerafft habe. In Bezug auf diese Mittheilung hört die „Kreuzztg." mit Befriedigung, daß dieselbe die Aufmerksamkeit des Bundeskanzlers erregt hat und daß man auf eine weitere Untersuchung und eine Abstellung derartiger Mißstände hoffen darf.

— Das Francke'sche Amendement wegen des hannoverschen Provinzialfonds ist ohne Rücksprache mit dem linken Centrum eingebracht, aus welchem Francke überdies vorige Woche ausgeschieden. Das linke Centrum hat über ein etwaiges anderes Amendement zu Gunsten des Pauschquantums, welchem die Mitglieder zuneigen sollen, noch nicht berathen.

— Im Laufe des Jahres 1867 haben aus den Landwehr-Verhältnissen 77 Offiziere nach vorangegangener, genügend bestandener wissenschaftlicher Prüfung eine nachgesuchte Anstellung in den verschiedenen Waffengattungen des stehenden Heeres erhalten. Reaktivirt wurden während desselben Zeitraumes auf ihren Antrag zwei aus der Armee ausgeschieden gewesene Offiziere.

— Die Zahl der Veteranen, mit Ausschluß derjenigen des Offizierstandes, welche der Fürsorge des Staates anheimfallen, beläuft sich nach den beiden Feldzügen von 1864 und 1866 auf etwa 9000. Nach Beendigung des letzten Krieges hat bei den verschiedenen Landesbehörden eine fortdauernde Berücksichtigung solcher noch erwerbsfähiger Militär-Invaliden stattgefunden, wodurch aus der früheren Zahl schon nahezu 2000 eine Versorgung erhalten haben.

— Der Bestand des Gardekorps soll, nach militärischem Vernehmen, mit Rücksicht auf die erweiterten Armeeverhältnisse, noch durch ein leichtes Infanterie-Regiment, mit der Bezeichnung „Zweites Garde-Füsilier-Regiment" vermehrt werden.

— Der Generalmajor v. Obernitz, General à la suite des Königs und Inspekteur der Jäger und Schützen, hat die ihm übertragenen Geschäfte als Kommandeur des reitenden Feldjäger-Korps jetzt übernommen.

— Dienstag Morgen ist Graf de Montebello mit Depeschen für Berlin und Petersburg aus Paris hier eingetroffen.

— Sind in der Residenz Berlin unstreitig die anerkennungswerthesten Anstrengungen zur Linderung der Hungersnoth in Ostpreußen gemacht, so finden wir beim Eintritt in die Bildergalerie des Königlichen Schlosses einen neuen Beleg von der schon so oft erprobten Opferwilligkeit des gesammten preußischen Volkes. Der hier errichtete, unter dem Allerhöchsten Protektorat Ihrer Majestät der Königin stehende „Bazar" gewährt in der That einen überraschenden Anblick in der reichen Auswahl der aus den entlegensten Provinzen zur Milderung des Nothstandes in Ostpreußen eingesandten kostbarsten Geschenke. Achtzehn eng aneinander errichtete Buden bieten dem Besucher die verschiedensten Artikel, geschmackvoll sortirt, zum wirklich preiswürdigen Kauf, eine andere Abtheilung umfäßt die für die Verloosung bestimmten Gegenstände. Wir machen namentlich auf die ausgestellten Oelgemälde, Kupferstiche, eleganten Möbel, gewählte Stickereien, aufmerksam; ebenso verdient die reich ausgestattete Würfelbude Erwähnung. Ein aufgeschlagenes Büffet gewährt die mannigfaltigsten Erfrischungen. — Möge doch vom Publikum diese Gelegenheit, auf eine höchst angenehme Weise ein Scherflein opfern zu können, vielseitig wahrgenommen werden und ein zahlreicher Besuch das schöne Unternehmen mit den unerwartetsten Resultaten krönen.

— Die „Kr.-Z." schreibt: Wir ersehen aus einem Privatschreiben aus Paris, daß auch in vielen Gegenden Frankreichs Nothstände herrschen, welche besonders in Lyon, Nantes, Rouen, Roubaix, Lille, Auxerre, Limoges und Bordeaux hervorgetreten sind. In letzterer Stadt mußten die Wachen des Stadthauses verdoppelt werden, um die Personen, welche Brod und Arbeit forderten, zurückzuhalten. Der Armen-Kommission von Paris hat ein Staatszuschuß von 400,000 Franks bewilligt werden müssen.

— Die „B. B.-Z." schreibt: Die Zeichnungen auf die zur Subskription ausgelegten zwölf Millionen Thaler $4\frac{1}{2}$prozentiger Preußischer Anleihe haben, nach den bisher vorliegenden telegraphischen Nachrichten, die Summe von zusammen 22,420,000 Thlr. ergeben. Die Repartition der Zeichnungen wird erst in den nächsten Tagen festgestellt werden. So viel läßt sich aber hiernach bereits schließen, daß bei voller Berücksichtigung der kleinen Zeichnungen, auf die größeren jedenfalls nicht mehr als die Hälfte des gezeichneten Betrages kommen wird.

— Die Einrichtung des neubegründeten Landwirthschaftlichen Museums wird mit Eifer betrieben. Wegen der vielen Einrichtungsarbeiten aber dürfte sich die Eröffnung des Museums wohl noch bis zum Monat Mai verzögern. Man beschäftigt sich noch mit den Plänen für eine geordnete Aufstellung der Gegenstände in den verschiedenen Räumen. Außerdem sind noch die Maschinen zusammenzusetzen, so wie die Schränke und Gestelle anzufertigen, welche die kleineren Sammlungsobjekte aufnehmen sollen. Die in Paris für das Museum erworbenen Sachen befinden sich nunmehr sämmtlich hier. Auch die meisten der in Hannover angekauften Gegenstände sind bereits hier eingetroffen.

— Die hannöverschen Emigranten, welche in der Schweiz lebten, haben jetzt unter Führung von Offizieren die Kantone verlassen und sich in einer Stärke von 460 Mann in Straßburg gesammelt. Sie scheinen daselbst, wie wir aus einem uns gefälligst mitgetheilten Briefe ersehen, von der französischen Regierung mit Wohlwollen aufgenommen zu sein. Es hieß, daß 80 Mann von ihnen nach Hagenau bei Straßburg, 120 Mann nach Weißenburg, eine Anzahl nach Luneville und anderen Orten instradirt worden seien. Diese Mannschaften sollen — wie wir lesen — ihre militärische Organisation in Frankreich behalten und scheinen bestimmt zu sein, den Kern einer neuen Fremden-Legion zu bilden, über deren Verwendung die Zukunft Aufschluß geben wird.

Berlin, 28. Januar. (Haus der Abgeordneten.) 38. Sitzung von $10\frac{3}{4}$ bis 4 Uhr. Am Ministertisch Anfangs Niemand. Das Haus ist besonders auf der Rechten sehr schwach besetzt. — Die Vorberathung des Etats wird fortgesetzt und der Zuschuß zur Rente des Kronfideikommißfonds (1,500,000 Thlr.) ohne Debatte genehmigt. — Es folgt der Etat der Staatsschulden-Verwaltung, Ausgaben: I. Für die alten Landestheile. Tit. 1. Verzinsung. A. Allgemeine Staatsschulden. Die Summe dieser Schulden beträgt 274,818,400 Thlr.; die Zinsen 11,424,511 Thlr. — Zu Nr. 4, Anleihe von 1852, wird, wie wir bereits mittheilten, der Antrag Bonin angenommen, dann vertagt sich das Haus bis $11\frac{3}{4}$ Uhr, wo Herr Finanzminister v. d. Heydt erscheint und seine Abwesenheit durch eine unaufschiebbare Konferenz entschuldigt. — Regierungs-Kommissar Geh. Rath Ambronn erläutert den Etat, der in Einnahme mit 41,616,400 Thlr., in Ausgabe mit [illegible]2,226,000 Thlr. abschließt, daß ein Ueberschuß von 39,390,200 Thlr. verbleibt, und geht auf die Reklamationen wegen Steuerüberhebung ein. Trotz der Erhöhung der Steuern in den neuen Landestheilen hätten diese doch mehr Steuern zahlen müssen, wenn sie selbstständige Staaten des Norddeutschen Bundes geblieben wären. Der Nothstand in Preußen habe die ganze Aufmerksamkeit des Finanzministers beschäftigt und schon am 3. Januar seien Maßregeln wegen Erleichterungen in der Erhebung der Klassensteuer getroffen worden. Nun hat, sagt der Kommissar, Herr v. Hennig den Antrag gestellt, die Mennonitensteuer mit 7000 Thlr. per 1868 außer Hebung zu lassen. Dem stimmt die Regierung zu, nachdem die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes die Befreiung der Mennoniten von der Dienstpflicht im stehenden Heere aufgehoben hat. Nur durch Regelung der Grundsteuer kann die Steuerreform in den neuen Landestheilen definitiv abgeschlossen werden, darum werden 250,000 Thlr. zur Ausführung jener Regelung verlangt. Die Ausgaben der Steuerverwaltung absorbiren 4,7 pCt. der Einnahme und das ist sehr günstig, ist ein Zeugniß der überall herrschenden Sparsamkeit. — Abg. Schlichting berührt schleswig-holsteinsche Verhältnisse und beklagt die unverhältnißmäßige Höhe der Grundsteuer in den Elbherzogthümern. Auch in Betreff der Gewerbesteuer habe die Veranlagungs-Kommission die dortigen Verhältnisse nicht richtig aufgefaßt, und was die Klassen- und Einkommensteuer angeht, so vermehrten sie bedeutend die Steuerlast in den Städten und Flecken, deren mehrere nicht im Stande sein werden, die Last zu tragen, denn man habe dort auch Proletariat so gut wie anderswo, z. B. in Kiel. — Regierungs-Kommissar: Nicht blos die Marschgegenden Holsteins zahlen eine hohe Grundsteuer, sondern auch die Bruchgegenden in den alten Provinzen, die auch zu Deichabgaben stark herangezogen werden, z. B. in der Mark Brandenburg mit 2 Thlr. per Morgen. Uebrigens waren die früheren Steuern in Schleswig-Holstein so groß, daß sie bedeutend höher sich herausstellen, als die jetzigen. — Abg. Schubarth hält die von den Bäckern erhobene Gewerbesteuer für nicht mehr zeitgemäß. — Regierungs-Kommissar erwidert, daß bei bevorstehender Abänderung der Gewerbesteuer-Gesetzgebung darauf Rücksicht genommen werden würde.

Abg. Ebner: Es ist kein Theil des Landes durch die neue Steuerveranlagung so stark belastet als die Stadt Frankfurt, ohne daß sie diese Ehre verdient hat, wobei als Maaßstab der Zustand der höchsten Blüthe der Stadt diente, die seit 1866 nicht mehr vorhanden ist. — Abgeordneter v. Benda: Der Herr Kommissar hat darauf hingewiesen, daß bei der Untervertheilung der Grundsteuer nur 100 Reklamationen zur Entscheidung gekommen seien. Der Grund davon liegt aber nicht an der Gerechtigkeit der Vertheilung, da in $24\frac{7}{8}$ pCt. der Fälle eine Steuerüberbürdung nachgewiesen ist, sondern an der Erschwerung der Reklamationen, namentlich durch Auferlegung der Kosten. Ich konstatire mit Freude, daß die Finanzverwaltung jetzt die Absicht ausgesprochen hat, wenn Gemeinden reklamiren, und zwar mit Grund, die Kosten niederzuschlagen. — Regierungskommissar Ambronn bestätigt dies, doch sei die Zahl von $24\frac{7}{8}$ pCt der Fälle, in denen eine Steuerüberbürdung nachgewiesen sein soll, zu hoch gegriffen; man habe hier alle Reklamationen ohne Rücksicht auf ihre Berechtigung mitgerechnet. — Bei der darauf folgenden Spezial-Diskussion bittet der Präsident, die Frage des Steuererlasses in den Nothstandsgegenden nicht in diese Debatte zu ziehen, sondern bis zur Diskussion des Hoverbeckschen Antrages zu versparen. — Zu Tit. 1 (Grundsteuer) 12,972,800 [illegible] begrüßt Abg. Windthorst (Meppen) den Erlaß des Finanzministers vom 3 d. Mts. mit Freuden, wonach wegen des Nothstandes in Ostpreußen die Steuereinziehungen mit möglichster Milde gehandhabt werden sollen. Im Herzogthum Arenberg-Meppen wären jedoch ähnliche traurige Zustände wie in Ostpreußen. — Die Position wird genehmigt; ebenso Tit. 2 (Gebäudesteuer), Tit. 3 (klassificirte Einkommensteuer) ohne Debatte. — Zu Tit. 4 (Klassensteuer), bringt Abg. Lauenstein mehrere Beschwerden zur Sprache, die man in Hannover gegen die Veranlagung dieser Steuer erhebe. — Regierungskommissar Ambronn kennt die gerügten Fälle nicht. — Abg. Parisins: Ich hatte mir eigentlich vorgenommen, auf den Nothstand in Ostpreußen zurückzukommen. (Unruhe rechts.) Da möchte ich denn zuerst fragen, wann der Erlaß vom 3. Januar bis zu den Exekutoren heruntergekommen ist, da in den letzten Tagen noch in Ostpreußen mit großer Härte Steuerexekutionen vollzogen worden sind. Ich möchte ferner bitten, daß bei der Ausführung dieser Bestimmungen der Finanzminister die Bezirksregierungen anweisen möge, von der alten Praxis zu lassen, wie solche noch aus einem kürzlichen Erlaß der Regierung zu Gumbinnen hervorgeht, wodurch Jemandem die Stundung von Holzkaufgeld nicht bewilligt wurde, weil er in politischer Beziehung eine feindselige Stellung gegen die Regierung eingenommen habe. (Hört, hört!) Ferner möchte ich den Wunsch aussprechen, daß der Finanzminister ähnliche Reskripte, wie die auf Einziehung der Klassensteuer bezüglichen, auch auf andere Abgaben, wie Domänenrenten und Fortschreibungsgebühren erlassen möge. — Ein anderer Punkt, wo ich dringend Abhilfe wünsche, ist die Beschlagnahme von Arbeitslöhnen. Im Jahre 1865 ist diese Frage hier im Hause zur Sprache gekommen, indem ein besonderer Antrag des Abg. Wagener darüber vorlag. In dem betreffenden Kommissionsberichte war damals ausgesprochen, daß die Fälle von administrativen Beschlagnahmen viel häufiger vorkämen, als Seitens der Gerichte wegen Privatforderungen. Im Hause wurde damals ausdrücklich ausgesprochen, daß darüber unter den Rechtsverständigen gar kein Zweifel herrsche, daß die Beschlagnahme wegen zukünftiger Arbeitslöhne vollkommen unzulässig sei. Der jetzige Finanzminister, Freiherr v. d. Heydt, trat damals selbst als Abgeordneter als erster Redner für den Antrag Wagener ein. Um so mehr hätte man wohl annehmen können, daß er jetzt, wo er die Gelegenheit dazu hat, das, was er damals prinzipiell für richtig hielt, nun auch zur praktischen Ausführung bringen würde. Dies ist aber nicht geschehen, im Gegentheil sind noch im Monat Januar im amtlichen Kreisblatte eines Nothstandskreises die Steuerexekutoren angewiesen worden, die Arbeitslöhne mit Beschlag zu belegen. (Hört! Hört!) Ich möchte deßhalb nun jetzt die Staatsregierung auffordern, wenigstens bei Gelegenheit des Nothstandes eine Errichtung aufzuheben, die gesetzlich nicht zu Recht besteht. Der Staat sollte sich doch am allerwenigsten dazu hergeben, seine Einnahme auf durchaus gesetzwidrigem Wege einzutreiben. (Beifall links.)

Finanzminister Frhr. v. d. Heydt: Ich kann versichern, daß ich in demselben Sinne, wie ich an den Oberpräsidenten der Provinz Preußen verfügt habe, auch an die übrigen mir untergegebenen Verwaltungen verfügt habe. Was den letzerwähnten Gegenstand, die Beschlagnahme der Arbeitslöhne, betrifft, so ist kein einzelner Fall zu meiner Kenntniß gekommen, sonst würde ich ganz in demselben Geiste verfahren sein, in dem ich mich früher geäußert habe. — Zu Tit. 7. Nr. 3 (Sonstige Einnahmen einschließlich der Mennonitensteuer und der Steuer von den Hazardspielen in Wiesbaden und Ems 63,710 Thlr.) macht der Abg. v. Hennig darauf aufmerksam, daß mit dem Wegfall der Dienstpflicht der Mennoniten die als Aequivalent dafür erhobene Mennonitensteuer im Betrage von ungefähr 7000 Thlr. von selbst fortfallen müsse, ohne daß es eines besonderen Gesetzes dazu bedürfe. Nachdem der Finanzminister seine Uebereinstimmung mit dieser Ansicht ausgesprochen, wünscht Abg. Twesten, daß man dem Fortfall der bisher gesetzlich bestehenden Steuern dadurch einen legalen Ausdruck geben möge, daß man die 7000 Thlr. von der angesetzten Summe im Budget absetze. — Unter Zustimmung des Finanzministers wird die Position ohne Widerspruch von 63,710 auf 56,710 Thlr. herabgesetzt. — Zu Tit. 4 der Ausgaben (Klassensteuer) bemerkt der Abg. Parisius, so weit er den Herrn Finanzminister verstanden habe, sehe dieser sich nicht veranlaßt, gegen die ungerechtfertigte Beschlagnahme von Löhnen einzuschreiten, weil ihm eine Beschwerde darüber bis jetzt nicht zugegangen sei. Er erwarte, daß der Herr Minister ein Circular an die Landräthe des ganzen preußischen Staats erlassen werde mit der Anordnung, daß eine Beschlagnahme von Löhnen künftig anfzuhören habe. — Eine Erwiederung Seitens der Vertreter der Regierung erfolgt nicht. — Die übrigen Positionen werden ohne Widerspruch genehmigt.

Damit ist der Etat der direkten Steuern erledigt und man kann zu dem der Staatsschuldenverwaltung zurückkehren, für den Geh.-Rath Meinecke als Kommissar nunmehr anwesend ist; aber da Niemand das Wort verlangt, so kommt auch er nicht dazu und der Präsident hat nur die Positionen zu verlesen, die das Haus stillschweigend genehmigt. — Den Etat der indirekten Steuern leitet Regierungs-Kommissar Geim ein. — Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Ich will die Schmerzensschreie über Steuerdruck nicht vermehren. Ich halte es nicht für recht, wenn die Bewohner der neuen Provinzen sich beklagen, daß sie jetzt eben so viel Steuern bezahlen, als die Altpreußen; es soll Steuergleichheit herrschen. Aber gerade auf dem Gebiete der indirekten Steuern herrscht diese Gleichheit nicht. Die frühere Stempeltaxe ist noch nicht aufgehoben in Nassau, nur mit dem Gerichtsstempel ist dies der Fall; ich glaube, daß wir diese Stempeltaxe aus Mißverständniß behalten haben, denn neben der gemeinsamen Muttersprache haben die einzelnen Staaten noch eine eigene Akten- und Kanzleisprache, und ein preußischer und ein nassauischer Aktenmensch verstehen einander so wenig, daß sie beinahe einen Dolmetscher brauchen. Man scheint nun in dieser Aktensprache „Verwaltungssporteln" und „Stempeltaxe" verwechselt zu haben. Eine andere Ungleichheit betrifft die Taxe, die in Nassau für Trauscheine im Betrage von 6 Gulden erhoben wird, und die bei unbemittelten Leuten die Bedeutung eines Veto gegen die Eheschließung hat. Man zwingt dadurch die arbeitsfähige Bevölkerung entweder zur Auswanderung oder zum Konkubinat, und die Folge davon ist die steigende Armenlast der Bevölkerung. Soll eine Provinz ein Jahr zu Preußen gehören, ohne daß sie von der Pest einer solchen Ungleichheit befreit wird? (Bravo.) Grade durch solche Reformen werden wir am Besten die süddeutschen Schreier gegen uns entwaffnen. Redner beantragt: das Haus wolle beschließen, die Regierung aufzufordern, auf dem Wege der Gesetzgebung Stempelabgaben, welche in den neuen Provinzen gegenwärtig noch erhoben werden, aber in den alten nicht bestehen, abzuschaffen. — Regierungs-Kommissar Burckhardt: Bereits am Ende der vorigen Woche ist ja dem Hause ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, der alle diese Reste der nassauischen Gesetzgebung aufhebt und die nassauische Stempelgesetzgebung auf völlig gleiche Linie mit der preußischen stellt. — In der Spezialdiskussion werden Tit. 1–6 genehmigt, und zu Tit. 7 und 8 von dem Abg. Vincke (Minden) beantragt: Die Regierung wolle gleichzeitig mit dem Etat für 1869 einen

Gesetzentwurf vorlegen, betreffend die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer und deren Ersatz durch die Klassen- und Einkommensteuer. — Abg. v. Vincke motivirt diesen Antrag. — Abg. v. Hennig: Die Vortheile, welche einer Stadt aus der Mahl und Schlachtsteuer erwachsen, werden durch die daraus entstehenden Nachtheile vollkommen aufgewogen. Die Kosten der Steuererhebung würden durch die Durchführung des v. Vincke-schen Antrages wesentlich vermindert werden, und ich hoffe, daß die Regierung im wohlverstandenen Staatsinteresse demselben bald zu dem ihrigen machen wird. (Beifall.) — Der Ruf nach Vertagung macht sich wiederholt laut Der Präsident ertheilt das Sort dem Abg. Gumbrecht, der, von lebhaften Zeichen der Unruhe empfangen, Gelegenheit nimmt, den Antrag auf Vertagung zu stellen, der mit großer Majorität angenommen wird. — Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr. (Tagesordnung: Der Rest der Etatsberatuung und Zinsgarantie für Trier-Kall.)

Königsberg, 25. Januar. Die Ostpr. Z. schreibt: An Naturalien standen dem hiesigen Bezirksfrauenverein zur Vertheilung an die nothleidenden Kreise bisher zur Verfügung: 33,505 Pfd. Reis, 434 Pfd. Schmalz, 595 Pfd. Backobst, 200 Pfd. Nudeln, 25,030 Pfd. Mehl und Gries, 300 Pfd. Hülsenfrüchte, Graupen u. s. w., 4875 Pfd. verschiedene andere Lebensmittel, 43 Pfd. Speck, ein Faß Bier, 100 Bouteillen Rum, 1402 Pfd. Linsen, 76 Pfd. Semmelmehl, 8080 Pfd. Erbsen, 221 Pfd. und 40 Stof Grütze u. s. w., 62 Pfd. Kaffee, 172 Centner Kleidungsstücke, 416 Pfd. dergl., verschiedene Collis mit Bettstücken, 12 Knobben Flachs, diverse Wäsche, Hüte, eiserne Oefen u. s. w. Diese Gegenstände wurden von dem Vorstande des hiesigen Bezirksfrauenvereins nach dem Verhältniß des Einganges der Sachen und nach Maßgabe der erfolgten Requisitionen an die verschiedenen Kreise abgegeben. Die täglich von Berlin eingehenden weiteren Sendungen werden sofort dorthin dirigirt, wo Hülfe erforderlich ist. Mehrere Fuhrwerke halten zu diesem Zwecke schon früh Morgens auf dem Markte, um die Materialien aufzunehmen und den einzelnen Kreisvereinen zuzuführen. Man wird aus Vorstehendem die Ueberzeugung gewinnen, daß die Vorkehrungen zur Linderung des Nothstandes nichts zu wünschen übrig lassen.

Kassel, 27. Januar. (Post.) Vorgestern ist eine Deputation hiesiger Bürger nach Berlin gereist, um, wo möglich, die Folgen des bekannten Beschlusses des Abgeordnetenhauses in Betreff der Weiterführung der Halle-Nordhausener Eisenbahn nach Kassel noch abzuwenden. Auch von Groß Almerode, das bei der Sache noch mehr als Kassel betheiligt ist, werden ohne Zweifel Schritte in gleichem Sinne geschehen. Der Beschluß des Abgeordnetenhauses ist um so mehr wie ein Blitz aus heiterem Himmel erschienen, als Se. Majestät der König selbst bei seiner Anwesenheit in Kassel sich in einer Weise ausgesprochen hat, welche die Betheiligten wegen Festhaltung der vertragsmäßigen Bahnlinie über Witzenhausen und Groß-Almerode, statt über Münden, völlig zu beruhigen wohl geeignet war. — Wie wir vernehmen, haben die Deputationen von Kassel und Groß-Almerode bereits Audienzen beim Handelsminister rc. gehabt.

Aus Mecklenburg-Schwerin, 26. Januar. Die Noth in Ostpreußen wird von der Demokratie auch hier ausgebeutet. In Schwerin hatten einige Geistliche sich an die Liebe christlicher Herzen mit der Bitte um Gaben gewendet, die auch bereits schönen Erfolg gehabt hat. Sofort macht Hofbaurath Demmler in der „Mecklenburgischen Zeitung" bekannt, daß Dr. Guido Weiß in Berlin in der „Zukunft" unter Bezugnahme auf jene Aufforderung auch die unchristlichen Herzen Mecklenburgs aufgefordert habe, Gaben mitzutheilen, welche die beiden genannten Herren in Empfang zu nehmen bereit seien. So wird selbst den Gaben der Barmherzigkeit der Weg verlegt, um ihnen erst den politischen Zoll abzufordern.

Karlsruhe, 28. Januar. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer verlangte Abgeordneter Koelle, die Regierung möge durch den Badischen Gesandten in Florenz energische Schritte im Interesse der Badischen Inhaber von Livorneser Eisenbahnobligationen thun. Der Minister des Auswärtigen, v. Freydorf, erklärte sich dazu bereit, wünschte jedoch vorher eine genaue Darlegung der einschläglichen Thatsachen durch eine Handelskammer. Gegenüber dem früheren Beschlusse der Abgeordnetenkammer, die Mittel für den Badischen Gesandschaftsposten in Florenz nur für eine Dauer von 6 Monaten zu bewilligen, beantragte die Kommission heute das Fortbestehen dieser Gesandtschaft bis Anfang 1869. Der Minister v. Freydorf stimmte dem Kommissionsantrage zu, empfahl jedoch die Bewilligung nicht bis Anfang 1869, sondern für die Dauer der Budgetperiode auszusprechen. Die Kammer lehnte den Kommissionsantrag mit 27 gegen 22 Stimmen ab und beharrte auf ihrem früheren Beschlusse.

München, 28. Januar. Die zunächst in Angriff zu nehmenden Linien des projektirten Eisenbahnnetzes sind die Bahnen: Regensburg-Donauwörth, Gemünden-Burgsinn (an der Grenze von Unterfranken), Aschaffenburg-Mittenberg, Schweinfurt-Gemünden. Später wird eine Linie von Nürnberg nach Ansbach bis zur Grenze geführt werden.

Ausland.

Wien, 27. Januar. Fürst Michael von Serbien hat sich durch den diplomatischen Sturm, dem er sich in den letzten Tagen ausgesetzt sah, nicht sehr einschüchtern lassen. Es handelt sich für ihn um Sein und Nichtsein. Er darf die Zukunftsgedanken seines Volkes nicht verletzen; auch gegen Rußland und dessen orientalische Pläne muß er sich sicher stellen.

Wien, 28. Januar. Wie die „Oesterreichische Korrespondenz" meldet, sollen in nächster Woche unter Vorsitz des Reichskriegsministers Berathungen über die Reform der Armeeorganisation beginnen. Mitglieder der Berathungskommission sind die F.-M.-L. v. Ramming, Hartung, Bigo de Saint-Quentin, Frhr. v. Gablenz, Frhr. Philippovich, Frhr. Maroicich, Möring. — Der italienische General Mezzocapo, welcher Namens seines Souveräns der Bestattungsfeierlichkeit in Wien beiwohnte, hat das Großkreuz des Leopoldordens erhalten.

Paris, 26. Januar. Großes Gewicht legt man in den offiziellen Regionen auf den Ausfall der in dieser Woche im Norddepartement stattfindenden Ersatzwahl für den Abgeordneten De Rotours, und man scheint nicht abgeneigt, dies Wahlresultat im günstigsten Falle für den Gradmesser der Stimmung unter der ländlichen Bevölkerung zu erklären. Daß alle Mittel aufgeboten werden, um dem Regierungs-Kandidaten, einem Sohne des verstorbenen Abgeordneten, die Majorität zu verschaffen, ist selbstverständlich; nichtsdestoweniger wollen die oppositionellen Kreise, deren Muth durch den bekannten Ausfall der zwei letzten Neuwahlen in den gesetzgebenden Körper sehr gehoben worden, die Hoffnung auf den Sieg eines der Ihrigen nicht unbedingt fallen lassen.

Florenz, 28. Jannar. Die Deputirtenkammer hat heute das Gesetz, betreffend das provisorische Budget, nach kurzer Debatte mit 203 gegen 111 Stimmen angenommen.

— Ein Brief Lamarmora's an seine Wähler drückt die Sympathieen für Preußen und Frankreich aus. Er räth, die römische Frage ruhen zu lassen und, ohne auf das nationale Programm zu verzichten, sich vorläufig mit Rom als Ehren-Hauptstadt zu begnüaen.

Cork, 28. Januar. Eine bewaffnete Bande machte in verflossener Nacht einen Angriff auf einen in der Nähe von Waterford gelegenen Martello-Thurm. Allarmschüsse der Besatzung riefen militärische Verstärkungen herbei, bei deren Ankunft die Angreifer die Flucht ergriffen. Mehrere Schüsse wurden gewechselt, aber Niemand getödtet.

Petersburg, 28. Januar. Die Regierung hat die Emission der Anleihe-Obligationen für den Bau der Eisenbahn Orlow-Witebsk im Betrage von $2\frac{1}{2}$ Mill. Pfd. St. durch das Handlungshaus Thomson, Bonard u. Co. genehmigt.

Petersburg, 25. Januar. In der Uebersicht über die Thätigkeit des Marine-Ressorts für das verflossene Jahr theilt der „Kronst. B." mit, daß die russische Flotte sich um zwei neue Panzerfregatten vermehrt hat: den kasemattirten „Fürst Posharski" und den dreithürmigen „Admiral Lasarew", die bereits vom Stapel gelassen sind. An den Panzerfregatten „Admiral Greigh", „Admiral Tschitschagow", „Admiral Spiridow" und „Minin" und den zweithürmigen Panzerbooten „Tscharodjeika" und „Russalka" wurden die Arbeiten fortgesetzt. Außerdem sind die Monitors, Panzer-Batterieen und Panzerfregatten mit achtzölligen gezogenen Stahlgeschützen, mit neunzölligen glatten, einige Monitors auch mit funfzehnzölligen gußeisernen Geschützen der Petrosawodsker Fabrik bewaffnet worden.

Bukarest, 28. Januar. Das Kammer-Bureau wählte heute Fatu zum Präsidenten, Rosetti, Argiropulo, Tornavita und Lauriano zu Vicepräsidenten, und ferner seine Sekretäre. Der Senat erwählte Castaforu und Creszulesko zu Vicepräsidenten.

Washington, 16. Januar. Der hiesige Korrespondent des „Newyork-World" meldet, daß ihm bei einer Unterredung von dem Präsidenten Johnson mitgetheilt worden, er werde keineswegs seine Opposition gegen den wieder eingesetzten Kriegsminister Stanton aufgeben. Die überwiegend große Mehrzahl der republikanischen Mitglieder des Kongresses hat an Stanton die Aufforderung ergehen lassen, unter keinen Umständen dem bestehenden Konflikt durch Resignation auf sein wieder angetretenes Amt ein Ende zu machen.

Pommern.

Stettin, 29. Januar. Unterm 3. d. Mts. brachten wir eine detaillirte Mittheilung über die derzeitige Lage der wegen Beseitigung der Bastion X. (am Schneckenthor), Zuschüttung des sogen. Festungshafens und Erlangung einer bedingten Baufreiheit für die Oberwiek zwischen dem Königlichen Militärfiskus, der Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft und den städtischen Behörden schwebenden Verhandlungen. Es handelte sich hauptsächlich noch darum, daß die Stadt sich zur Zahlung einer Summe von 50,000 Thlr. (nachdem die Eisenbahngesellschaft einen gleich hohen Betrag bereits gezahlt hatte), an den Fiskus bereit erkläre. Jetzt sollen die Verhandlungen, wie verlautet, soweit gediehen sein, daß sie nur noch der Bestätigung durch die städtischen Behörden bedürfen. Es ist nun bei der großen Wichtigkeit, welche diese Angelegenheit für das städtische Interesse hat, dringend zu wünschen, daß dieselbe in einer dem letzteren entsprechenden Weise ihre Erledigung finde.

— In den acht Suppenanstalten sind gestern überhaupt 2780 Portionen verabreicht worden.

— Aus einer Wohnung des Hauses Wilhelmsstraße Nr. 14 sind am 26. d. Mts. Abends mittelst Eindrückens einer Fensterscheibe und Einsteigens 13 Thlr., die theils in einem Portemonnaie, theils in einer Sparbüchse aufbewahrt wurden und verschiedene Kleidungsstücke gestohlen. Als Thäter ist der Schuhmacher G. Schultz, als Hehlerinnen sind die verehelichte Arbeiter Böttcher und die unverehelichte Bertha Braun, welche alle drei gr. Wollweberstraße Nr. 21 wohnten, gestern verhaftet.

— Einem in den Pommerensdorfer Anlagen wohnenden Arbeiter wurden in der verflossenen Nacht 3 Hammel und 1 Ziege aus dem Stalle gestohlen. Die Diebe haben das Vieh an Ort und Stelle sofort geschlachtet und, wie nach den Spuren zu schließen, mittelst Fuhrwerks fortgeschafft.

Greifenhagen, 27. Januar. Gestern ertrank in der Oder, der Meischeriner Zuckersiederei gegenüber, der Handlungslehrling Julius Schwarz von hier. Derselbe hatte seine Schwester in Gartz besucht und wurde auf dem Rückwege, den er auf Schlittschuhen zurücklegen wollte, von seinem Geschick ereilt. Ob die Fischer, welche heute zur Aufsuchung der Leiche ausgezogen sind, dieselbe finden werden, ist bei der überall liegenden Eisdecke zweifelhaft.

Stadt-Theater.

Zum Benefiz des Fräuleins Natalie Hahn ward gestern zum elften Male „Die schöne Helena" gegeben. Die Künstlerin hat es verstanden, sich in den wenigen Monaten ihres Hierseins zum allgemeinen Lieblinge des Publikums zu machen, das bewies das bis auf die letzten Plätze ausverkaufte Haus, wie der stürmische Beifall, mit dem das Publikum die Künstlerin empfing und wiederholt rief. Und in der That, Fräulein Hahn verdiente auch in reichem Maße den Beifall, der ihr gespendet ward. Ihre Auffassung der Rolle ist eine durchaus eigenthümliche, nie das Weibliche verletzend, nie die Grenzen der Kunst überschreitend, giebt sie der in das Frivole, ja Gemeine sich verirrenden Muse Offenbach's einen Halt und eine Würze, welche man bei andern Bühnen vergeblich sucht. Und doch verliert durch diese künstlerische edle Haltung der Rolle keine Seite der Darstellung, entfalteten sich alle Gegensätze des Charakters, die Eitelkeit und die sich selbst vergessende Liebe, der Kampf zwischen der weiblichen Ehre und dem Gebote der Liebesgöttin in trefflichster, ergötzendster Weise. Von allen, die wir gesprochen haben, wird daher auch der Darstellung in Stettin der Preis vor der Berliner Darstellung gegeben. Neben der genannten Künstlerin verdient Herr Broda als Oberpriester Kalchas durch sein vortreffliches Spiel, das nicht selten auf alle Schichten der Zuhörer elektrisirend wirkte, und Herr Hamm als Menelaus, ebenso Fräulein Loeber durch ihr feuriges Spiel des Orestes alles Lob. Das Ensemble war trefflich voll Leben und Humor. Dagegen ließen die Chöre diesmal manches zu wünschen übrig und beleidigten das Ohr mehrmals trotz der elften Aufführung durch verletzende Dissonanzen. Die Aufführung war eine gelungene zu nennen.

Vermischtes.

Berlin. Ein Pariser Lachkabinet ist hier eröffnet worden, welches für $2\frac{1}{2}$ Sgr. Jedem verspricht, daß er selbst in jeder Stimmung zum Lachen gezwungen werde. Da nun für unsere „schwere Noth der Zeit" ein solches Gegengift heilsam wäre, so rathen wir Jedem, einmal hinzugehen und die Sache zu probiren. Allerdings mag Mancher in ein heiteres Lachen ausbrechen, wenn er sein schon vor Sorgen langes Gesicht in den verschiedenen Spiegeln, in welche er dort hineinschauen muß, noch dreimal länger erblickt, auch mag manche Dame sich freuen, wenn sie sich siebenzehn Mal in einem Spiegel bewundern kann, aber vor allem wollen wir das Kabinet den Herren Karrikaturzeichnern empfehlen, welche hier, wie niemals anders im Leben, ihre Kunst studiren können. Zum Ueberfluß steht im Hintergrunde für arme Leute eine Pyramide von einer Million preußischen Thalern aufgebaut, bei näherer Untersuchung ergiebt sich das Silbererz als — schnöder Gyps. Das Kabinet ist Kurstraße 50.

— Während der in den letzten Tagen wüthenden Windstürme passirten zwei Damen in einer Droschke den Schloßplatz zu Berlin. Auf dem Rücksitz der Droschke lag ein Packet. An der Ecke der Werderschen Mühlen erfaßte der Sturm dasselbe, und führte es aus der offenen Droschke fort, zerriß die Umhüllung und ein vollständig angefertigtes neues Ballkleid wälzte sich den Schloßplatz entlang. Das Hülfegeschrei der Damen veranlaßte den Kutscher, still zu halten und mehrere Vorübergehende, den Flüchtling zu verfolgen, der an der Breiten Straße aufgegriffen, den Damen zurückgebracht wurde.

— Nach einer Berechnung der „N. Pr. Z." sollen in der jetzigen Session des Abgeordnetenhauses von den bisherigen Reden $\frac{4}{5}$ auf die von der Stadt Berlin gewählten Abgeordneten kommen, von dem noch übrig bleibenden $\frac{1}{5}$ sollen $\frac{4}{25}$ von den Hannoveranern, das dann noch restirende $\frac{1}{25}$ von den Abgeordneten aus den anderen Provinzen in Anspruch genommen sein.

Börsen-Berichte.

Stettin, 29. Januar. Witterung: klar, Nachts Schnee und Regen. Temperatur + 4 ° R. Wind: W.

An der Börse.

Weizen still, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 100—106 Rt, ungarischer 93—$97\frac{1}{2}$, bunter polnischer 98—103 Rt, weißbunter do. 104 bis 108 Rt bez., 83—85pfd. gelber Januar 100 Rt Br., Frühjahr 102, $101\frac{1}{2}$, $\frac{3}{4}$ Rt bez. u. Br.

Roggen fester, pr. 2000 Pfd. loco 77—78 Rt, Januar 78 Rt Br., Frühjahr $78\frac{1}{2}$, $\frac{3}{4}$ Rt bez., Mai-Juni $78\frac{1}{2}$ Rt bez.

Gerste still, pr. 1750 Pfd. loco 52—55 Rt nach Qual. bez., Frühjahr schles. 55 Rt Br.

Hafer wenig verändert, per 1300 Pfd. 37, $37\frac{1}{2}$ Rt, Frühjahr 47 bis 50pfd. $38\frac{1}{2}$ Rt bez.

Erbsen behauptet, per 2250 Pd. loco Futter- 68—69 Rt, Koch- $70\frac{1}{2}$—71 Rt, alte feine 72 Rt bez.

Rappkuchen hiesige $2\frac{1}{2}$ Rt bez.

Rüböl unverändert, loco $10\frac{1}{6}$ Rt Br., Januar-Februar 10 Rt Gd., April-Mai $10\frac{1}{6}$ Rt Gd., Mai $10\frac{1}{3}$ Rt bez., Mai-Juni $10\frac{5}{12}$, $\frac{3}{8}$, $\frac{1}{3}$ Rt bez. u. Gd., September-Oktober $10\frac{1}{2}$ Rt Gd.

Spiritus matter, loco ohne Faß $19\frac{11}{12}$ Rt bez., Januar-Februar und Februar-März $19\frac{17}{24}$, $\frac{3}{4}$ Rt bez., Frühjahr $20\frac{1}{4}$ Rt bez., Br. u. Gd., Mai-Juni $20\frac{5}{12}$ Rt Gd., Juni-Juli $20\frac{2}{3}$ Rt Gd.

Regulirungs-Preise: Weizen 100, Roggen 78, Rüböl 10, Spiritus $19\frac{3}{4}$.

Landmarkt.

Weizen 98—104 Rt, Roggen 73—76 Rt, Gerste 51—54 Rt, Hafer 36—38 Rt pr. 26 Scheffel, Erbsen 66—70 Rt per 25 Scheffel, Heu pr. Ctr. 15—20 Sgr., Stroh pr. Schock 7—8 Rt.

Hamburg, 28. Januar. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco stille, auf Termine schwächer. Weizen pr. Januar 5400 Pfd. netto $178\frac{1}{2}$ Bankothaler Br., $177\frac{1}{2}$ Gd., per Januar-Februar $177\frac{1}{2}$ Br., $176\frac{1}{2}$ Gd., per Frühjahr $177\frac{1}{2}$ Br., 177 Gd. Roggen pr. Januar 5000 Pfd. Brutto 143 Br., 142 Gd., pr. Januar-Februar 142 Br., 141 Gd., per Frühjahr 137 Br. u. Gd. Hafer sehr stille. Rüböl matt, loco $22\frac{1}{4}$, per Mai 23. Kaffee mehr Kauflust. Zink matt. Petroleum lebhaft, höher gehalten. — Thauwetter.

Amsterdam, 28. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen auf Termine $3\frac{1}{2}$ Fl. niedriger, pr. März $308\frac{1}{2}$, pr. Mai $314\frac{1}{2}$, pr. Juni und Juli geschäftslos.

Stettin, den 29 Januar.

Hamburg ...	6 Tag.	$151\frac{3}{8}$ G	St. Börsenhaus-O.	4	—
„ ...	2 Mt.	—	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	$143\frac{1}{4}$ G	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
„	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 $24\frac{7}{8}$ G	Pr. National-V.-A.	4	119 B
„	3 Mt.	—	Pr. See-Assecuranz	4	—
Paris	10 Tg.	$81\frac{7}{12}$ G	Pomerania	4	119 B
„	2 Mt.	—	Union	4	108 B
Bremen ...	3 Mt.	—	St. Speicher-A.	5	—
St. Petersbg.	3 Wch.	$93\frac{5}{8}$ G	Ver.-Speicher-A. ...	5	—
Wien	8 Tag.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	1000 B
„	2 Mt.	—	N. St. Zuckersied. ..	4	—
Preuss. Bank	4	Lomb. $4\frac{1}{2}$ %	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Sts.-Anl. 54 57	$4\frac{1}{2}$	—	Bredower „	4	—
„ „	5	—	Walzmühle	5	—
St.-Schldsch.	$3\frac{1}{2}$	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
P. Präm.-Anl.	$3\frac{1}{2}$	—	St. Dampfschlepp G.	5	—
Pomm. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	—	St. Dampfschiff-V.	5	—
„ „	4	—	Neue Dampfer-C. ..	4	—
„ Rentenb.	4	—	Germania		100 B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Vulkan		100 B
Berl.-St. E. A.	4	—	St. Dampfmühle ..	4	112 bz
„ Prior.	4	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
„ „	$4\frac{1}{2}$	—	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
Starg.-P. E.A.	$4\frac{1}{2}$	—	St. Kraftdünger-F.	—	—
„ Prior.	4	—	Gemeinn. Bauges. ..	5	—
St. Stadt-O.	$4\frac{1}{2}$	94 B			